

Klaus Hofstätter / Maria Kargl / Karin Liebhart

Das Selbstbild Österreichs im Kontext der europäischen Integration und der EU-Osterweiterung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich, u. a. ausgehend von empirischen Erhebungen in zwei Forschungsprojekten (Ruth Wodak/Rudolf de Cillia/Martin Reisigl/Karin Liebhart/ Klaus Hofstätter/Maria Kargl: Identitätswandel Österreichs im veränderten Europa, Laufzeit 1994–1996¹; Cornelia Grosser/Sándor Kurtan/Karin Liebhart/Andreas Pribersky: Kontrastive Landeskunde Österreich–Ungarn, Laufzeit 1996–1998) mit ausgewählten Aspekten der im öffentlichen Diskurs und in den Medien transportierten Selbstbilder Österreichs im Kontext der europäischen Integration und der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union. Als Materialbasis und Quellen werden Zeitungstexte (österreichische Tages- und Wochenzeitungen bzw. -zeitschriften), Österreich-Werbefilme der Bundeswirtschaftskammer und der Österreich Werbung, politische Werbematerialien, aber auch Reiseführer herangezogen. Die Frage nach den „europäischen“ Komponenten der österreichischen Identität und nach den Auswirkungen der politischen Veränderungen im Umfeld Österreichs auf die Konstruktion österreichischer Selbstbilder wird an Beispielen aus politischen (österreichische Außen-, Neutralitäts- und Sicherheitspolitik, österreichische Europapolitik und Schengener Abkommen) und alltagskulturellen Bereichen (Reise- und Tourismusland Österreich, kulturelle Identität Österreichs, etc.) diskutiert.

Die österreichische Bundesregierung, damit die Koalitionspartner aus Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei sowie das oppositionelle Liberale Forum führten zu Beginn der 90er Jahre gemeinsam mit den großen Wirtschaftsverbänden eine Werbeoffensive für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Im Vorfeld der Volksabstimmung über Österreichs EU-Beitritt wurden die Pro-EU-Kampagnen intensiviert. Die Strategie erwies sich als erfolgreich: Mit einer überwältigenden Mehrheit von rund zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen entschied sich beim Referendum im Juni 1994 die österreichische Bevölkerung für einen Beitritt mit Jahresbeginn 1995.

Eines der zentralen Motti der erfolgreichen Werbekampagne, der Slogan „Wir sind Europa“, provoziert die Frage, warum gerade „wir“ ÖsterreicherInnen „Europa“ sind, bzw. worin denn das spezifisch „Europäische“ an der österreichischen Identität besteht. Antworten darauf finden sich nicht nur in den Stellungnahmen politischer RepräsentantInnen, in der politischen Werbung und in wissenschaftlichen Publikationen² oder historischen Ausstellungen³, sondern auch im medialen Diskurs und Bereich populärer Alltagskultur, wie etwa Reiseführern und visuellen Materialien der Tourismuswerbung: So präsentiert die österreichische Bundeswirtschaftskammer das Land in einem Videofilm als „Eine ganze Welt im Herzen Europas“.

Die EG-Kommission selbst nahm in ihrer offiziellen Antwort auf den österreichischen Beitrittsantrag aus dem Jahr 1989 auf dieses Selbstbild Österreichs

als eines im Zentrum Europas gelegenen Staates Bezug. Das „Avis“ 1991 enthält Hinweise auf eine vor allem auch aus dieser zentralen geographischen Lage resultierende europäische Identität des Beitrittswerbers, angesprochen werden historische Erfahrungen ebenso wie politische Verbindungen, die Österreich „im Mittelpunkt des Geschehens“ positionieren, „aus dem das neue Europa entsteht“ (Stichwort Österreich 1992, 92) Der Verweis auf die „mitteleuropäischen“ Traditionen, die sich aus der Rolle Österreichs als Zentrum der Habsburger-Monarchie herleiten, wurden jüngst, im Zusammenhang mit den Diskussionen um eine angestrebte Osterweiterung der Europäischen Union, wiederum aktualisiert. Besonders im Fremdbild, wie sich am Beispiel der Erwartungen von PolitikerInnen aus den östlichen Nachbarstaaten zeigt, die Österreich eine spezifische Vermittlerrolle in den Beitrittsverhandlungen sowie deren Vorfeld zuschreiben: „Budapest setzt auf EU-Schützenhilfe durch Klima“, meldet beispielsweise der Kurier am 31. 1. 1997. Schließlich haben die politischen Entwicklungen nach 1989 zum Wegfall der mit einem großen Teil der österreichischen Staatsgrenzen unmittelbar identischen (Ost-) Blockgrenzen geführt.

Die Begründung der europäischen Identität Österreichs aus dem Sieg über das Osmanische Reich im 17. Jahrhundert prägt auch das offizielle Geschichtsbild Österreichs in der Zweiten Republik: Noch 1983, im sogenannten „Türkenjahr“ kam dies in historischen Ausstellungen (wie etwa „Die Türken vor Wien“⁴) und in zahlreichen Veranstaltungen zum

Ausdruck. Das Deutungsmuster der Bedrohung aus dem Osten, das aus dem Zerfall des „Sowjetischen Imperiums“ resultiert und für die öffentliche Meinung Österreichs in der Folge der Ereignisse von 1989 etwa in den jugoslawischen Nachfolgekriegen, in den Zuwanderungs- und Migrationsszenarien, sowie in den medial präsenten Diskursen über Ausländerkriminalität und „Ostmafia“ (vgl. Matuschek/ Wodak 1995) konkrete Gestalt angenommen hat, greift auf das im kollektiven Gedächtnis (vgl. Halbwachs 1985) der ÖsterreicherInnen verankerten Bild von der „Türkengefahr“ zurück. Die Sicherheitsproblematik nimmt so auch in den offiziellen Darstellungen der „Österreichischen Motive für die Mitgliedschaft in der EU“ eine prominente Stellung ein: *„Die politischen und sicherheitspolitischen Motive des österreichischen Beitrittswunsches rückten in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund (...) Zum militärischen Konfliktpotential – besonders konzentriert in Südosteuropa und im Randbereich Russlands – kommen die nicht-militärischen Folgeprobleme der politischen Umwälzungen. Die daraus resultierenden Sicherheitsrisiken reichen von Massenmigrationen über ökologische Katastrophen (...) bis zu internationalem Verbrechen und Terrorismus“* (Außenpolitischer Bericht 1993, 25).

„Wo gehören wir dazu?“

Die österreichische Orientierung nach Europa (vgl. Schaller 1991, 498 ff., Kunnert 1993, 46 f.) verfolgt(e) nun vor allem auch das Ziel einer klaren Abgrenzung gegen den gefährlichen, chaotischen, „wilden“ Osten. Die Frage der Zugehörigkeit zu einer zivilisierten Gemeinschaft versus ihrer bedrohlichen Alternative fokussiert eine Werbeinitiative der Gruppierung „Kärntner für Europa“ im Vorfeld des EU-Beitritts. Unter dem Motto: „Wo gehören wir dazu?“ wurde ein orangefarbenes, kopiertes DIN-A4-Blatt als Postwurfsendung verteilt, das auf der ersten Seite einen Brief des Bürgermeisters einer ländlichen Fremdenverkehrsgemeinde an die „liebe(n) GemeindegängerInnen“ enthält: In diesem Schreiben stellt der Lokalpolitiker die Europäische Union als Fremdgruppe dar, von der die Eigengruppe (KärntnerInnen?) Vorteile erwarten darf. Auf der zweiten Seite werden zwei Gruppen von europäischen Ländern einander gegenübergestellt. Auf orangem Untergrund präsentiert sich rechts oben die Initiative mit ihrem Logo: „Kärntner für Europa“ unter zwölf Sternen, die den Schriftzug in Form eines Kreissegments überspannen. Darunter ist folgender Text angeordnet:

Wo gehören wir dazu?

<i>Als EU-Mitglied:</i>	<i>als Nichtmitglied:</i>
<i>Belgien</i>	<i>Albanien</i>
<i>Dänemark</i>	<i>Bosnien-Herzegowina</i>
<i>Deutschland</i>	<i>Bulgarien</i>
<i>Frankreich</i>	<i>Kroatien</i>

<i>Finnland</i>	<i>Polen</i>
<i>Griechenland</i>	<i>Rumänien</i>
<i>Großbritannien</i>	<i>Russland</i>
<i>Irland</i>	<i>Serbien</i>
<i>Italien</i>	<i>Slowenien</i>
<i>Luxemburg</i>	<i>Slowakei</i>
<i>Niederlande</i>	<i>Tschechien</i>
<i>Norwegen</i>	<i>Türkei</i>
<i>Portugal</i>	<i>Ukraine</i>
<i>Schweden</i>	<i>Ungarn</i>
<i>Spanien</i>	<i>Weißrussland</i>

Die Frage ist jetzt, wollen Sie lieber zu der einen Staatengruppe gehören oder zu der anderen? Sie haben die Wahl.

Darum „Ja zu Europa!“

Der Text geht von der Eigengruppe „Kärntner“ aus (Teil 1), bringt dann eine Kontrastierung von zwei Gruppen von europäischen Ländern (Teil 2) und leitet mit einem persönlichen Teil, in dem die Leserinnen und Leser des Textes als Einzelpersonen angesprochen werden (Teil 3), über zu Europa (Teil 4). Der Text handelt vom „Dazugehören“, und das wird in der Überschrift auch explizit thematisiert. Im Gegensatz zur Überschrift ist im Teil 3 jedoch von „Dazugehören-Wollen“ die Rede. Dies wird verknüpft mit der „Wahl“ einer der beiden Alternativen. Die Wir-Gruppe, die erst in der Überschrift explizit als solche eingeführt ist, wird im Logo bereits definiert. Das verbindende „für“ weist Europa als etwas aus, das noch verhandelt wird. Die Dichotomie, die Nicht-Identität der Wir-Gruppe der KärntnerInnen mit Europa, bleibt vorerst noch bestehen.

Die Gegenüberstellung der beiden Gruppen von Ländern legt die Entscheidung für eine der beiden nahe. Der Text weckt Sympathien und Antipathien und provoziert damit die Entscheidung für die EU-Länder: Man möchte doch zu den reicheren Ländern mit positivem Image gehören. Die Verwendung des kausalen „darum“ zu Ende des Textes verweist darauf, dass der gesamte Text als Argumentation mit einer Konklusion zu lesen ist, der schließlich die Gleichsetzung von EU und Europa vollzieht. Wir finden also, neben der nationalen und der regionalen Identifikation, eine europäische Teil-Identifikation mit den EU-Ländern, mit den „reichen“, „westlichen“ Staaten, die mit Europa gleichgesetzt werden. Wenn die Wir-Gruppe der Länder links exklusiv „Europa“ genannt wird, bedeutet dies umgekehrt, dass die Bevölkerungen der rechten Gruppe keine „richtigen“ EuropäerInnen sind. So wie Angehörige von ethnischen Minderheiten in Österreich, ob sie nun zur Minderheit der Roma und Sinti, zur slowenischen, kroatischen, ungarischen, jüdischen oder zu einer anderen Minderheit gehören, häufig nicht als „richtige“ ÖsterreicherInnen gesehen werden, sind die BewohnerInnen Albaniens, Sloweniens oder Serbiens keine „richtigen“ EuropäerInnen.

Die „Unter-Überschriften“, die Zusammengehörigkeit angeben, trennen die Gruppe der „EU-Mit-

glieder“ von der Gruppe der „Nichtmitglieder“. Warum wurde das an sich korrektere „Nichtmitglieder der EU“ zu „Nichtmitgliedern“ verkürzt? Die in der linken Spalte angeführten Staaten sind jedoch keineswegs alle Mitglieder der Europäischen Union, bzw. waren dies zum Zeitpunkt der Verteilung der Postwurfsendung noch nicht (Finnland, Norwegen und Schweden). Seltsamerweise wird die Schweiz, die ebenfalls nicht zur Europäischen Union gehört und auch keinen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt hat, nicht in der Gruppe rechts erwähnt. Die Mitgliedschaft ist also nicht die allein entscheidende Kategorie.

Gemeinsam ist den auf der Seite rechts positionierten Ländern und ihren BewohnerInnen ein negatives Image in Österreich. Wie aber kommen so verschiedene Länder wie Bulgarien und Slowenien, Tschechien und Albanien, die Türkei und Russland in den „Genuss“ einer einheitlichen Ablehnung? Weitere Gemeinsamkeiten – tatsächliche und bloß imaginierte – können vielleicht Aufschluss geben. Gemeinsame Bezeichnungen für die Länder im öffentlichen und auch im Alltagsdiskurs sind „Reformstaaten“, „exkommunistische“ Staaten, „ost- und südeuropäische“ (in letzter Zeit immer häufiger auch „mitteleuropäische“) Länder. Dabei fällt allerdings die Türkei aus dem Rahmen, die weder kommunistisch war noch zu den „Reformstaaten“ gezählt werden kann. Eine historische beziehungsweise politische Gemeinsamkeit ist, dass alle Länder der rechten Gruppe bis vor einigen Jahren ein kommunistisches Staatssystem hatten, wie gesagt, mit Ausnahme der Türkei. Zum Großteil werden sie auch heute noch mit diesem System identifiziert, was erfahrungsgemäß in traditionell marktwirtschaftlichen Staaten zu Misstrauen und Gefühlen der Distanz bis hin zur Antipathie ihnen gegenüber beiträgt. Damit kommen wir zu zwei Gemeinsamkeiten, die keinen der aufgeführten Staaten ausschließen. Zum einen die von vielen ÖsterreicherInnen (und wohl auch von den Bevölkerungen der meisten anderen Staaten der linken Gruppe) empfundene „Fremdheit“ ihnen gegenüber. Aus rassistischer Perspektive und nach sprachlichen „Abstammungskriterien“ betrachtet verbindet „uns“ mit den Mitgliedern der linken Gruppe mehr als mit denen der rechten: Rechts finden sich keine „germanischen“ Sprachen und nur eine romanische, während diese beiden Gruppen links überwiegen. Die meisten Staaten rechts sind von den Mehrheits-sprachen her gesehen slawisch. Die zweite übergreifende Gemeinsamkeit ist wirtschaftlicher Art. Alle rechts angeführten Staaten kämpfen mit großen wirtschaftlichen Problemen. Hohe Inflations- und Arbeitslosenraten, Verarmungsprozesse, geringe wirtschaftliche Chancen für die Einzelperson, Vertreibung und Bedrohung des Lebens durch Gewalt und Kriege führen zu verstärkter Migrationsbereitschaft bis hin zu lebensrettender Flucht. Dies wird von den Angehörigen der links angeführten Staaten als Bedrohung der gewohnten Ruhe, Sicherheit und des materiell Erworbenen wahrgenommen. Vor allem

aber wollen „wir“ selbstverständlich nicht zu dieser Gruppe von „Ausländern“, „Gastarbeitern“, „Fremden“, Flüchtlingen und Asylsuchenden gehören.

Die Postwurfsendung spiegelt also exemplarisch eine Mischung aus Rassismus (denn sie, die anderen, sind keine „Germanen“ oder „Romanen“, sondern „Türken“, „Albaner“ und vor allem „Slawen“) und Entsolidarierung (denn „sie“ sind ärmer und daher gefährlich; „wir“ sind reicher und haben zwar etwas zu verlieren, aber nicht zu vergeben an andere, die noch dazu Fremde sind). Dieser Konstruktion entspricht, jenseits des politischen Diskurses vom „Niederreißen von Grenzen“ und dem Zusammenwachsen Europas, die wiederholte Beteuerung der EU-BefürworterInnen, dass es nach dem Beitritt zu keiner verstärkten Immigration kommen werde. Die sprichwörtlich gewordenen „Zahnärzte und Frisöre aus Portugal“, die ihre Dienstleistungen zu Dumpingpreisen anbieten, würden demnach also in ihren Heimatländern bleiben. Dass die diesbezüglichen Ängste der österreichischen Bevölkerung von politischer Seite jedoch ernst genommen wurden, belegen Texte wie der folgende: *„Man sieht es im EU-Raum selbst: Es gibt keine großen Völkerwanderungen, weil jeder gerne bei sich zu Haus ist.“* / Herbert Gschwindl, Reisebüro Gschwindl, Wolkersdorf (BWK: Anzeige); oder: Michael Gröger / 27, KFZ-Mechaniker: *„Glauben Sie, dass einer von Palermo nach Wien fährt, damit er bei der Frau Pospischil in Ottakring einen kaputten Auspuff repariert? Im Ernst: Ich hab überhaupt keine Angst, dass mir jemand aus dem Ausland meine Arbeit wegnimmt. Ich bin dafür, daß wir in die EU gehen“* (SPÖ Wien: Anzeige).

Wodurch wird nun diese „In-group“ eines EU-Europa definiert? Positive inhaltliche Bestimmungen finden sich nicht viele, eines der raren Beispiele ist der folgende Textausschnitt: *„Ja wissen Sie, jeder hat eine andere Vision, net. Ich stell' mir da vor, das ge-einte Europa so nach dem Muster des christlichen Abendlandes, also ideell, kulturell“* (Bundesregierung: TV-Spot). Die Erwähnung des „christlichen Abendlandes“, als dessen Teil sich Österreich definiert, verweist auf politisch, kulturell und sozial gezogene Trennlinien: *„Gleich hinter unserer Grenze gibt es Krieg. Da ist ein umfassendes Sicherheitssystem für uns ganz, ganz wesentlich.“* / Gerhard Griller, Kabelwerke Gebauer & Griller, Wien (Bundeshofwirtschaftskammer: Anzeige). Dass die Bedrohung nicht mehr die eines potentiellen Krieges zwischen zwei Machtblöcken darstellt, sondern die unmittelbaren Gefahren aus einer völlig anderen Richtung drohen, etwa aus dem Aufflammen von Nationalitätenkonflikten, aus Grenzstreitigkeiten, aber auch aus dem unüberwindbaren Elend mancher Länder und aus großflächigen Wanderungsbewegungen, darauf verweist auch das Bundeskanzleramt in einer Publikation (1992, 124). Zum Europa der EU gehören also nicht: die „Europäer zweiter Klasse“; der Balkan „gleich hinter der Grenze“; Länder, deren Elend „unüberwindbar“ ist; und die Antithese zum christlichen

Abendland, das heißt das nicht-christliche Abendland und alles außerhalb des „Abendlandes“ überhaupt. In diesem Licht betrachtet, scheint das folgende Zitat nicht mehr nur rein polemisch: „Nichts da: Europa den Europäern, das Gebiet ist fest geschlossen zu halten, Eintritt für Unbefugte verboten, bei Zuwiderhandlung wird geschossen! Denn man weiß zwar nicht ganz genau, was Europa nun ist; eines aber steht felsenfest: Europa ist da, wo der Neger nicht ist“ (Droste 1994, 204).

„Wir sind Europa!“

Der Beitritt zu einer supranationalen Gemeinschaft wirft nun aber auch die Frage auf, wie nationale (österreichische) und supranationale (europäische) Identität unter einen Hut zu bringen sind, ohne neue Ängste vor dem Verlust der nationalen Identifikation heraufzubeschwören. Dahingehend mussten die EU-Werber versuchen, mit sprachlichen und anderen Mitteln die österreichischen Wahlberechtigten davon zu überzeugen, dass der Beitritt zur Europäischen Union die in den fünfzig Jahren der Zweiten Republik allmählich zu einem gefestigten nationalen Selbstbewusstsein entwickelte österreichische Identität nicht bedroht.

Das „Wir sind Europa“-Logo⁵, das in der EU-Kampagne der Bundesregierung zu diesem Zweck durchgehend eingesetzt wurde, besteht aus vier Elementen auf weißem Untergrund: Aus dem einer Handschrift nachempfundenen schwarzen Schriftzug „EUROPA“, aus dem Satz „WIR SIND EUROPA“ (schwarze Großbuchstaben, zirka halb so hoch wie das erste „EUROPA“), aus einer auf die Spitze gestellten, leicht nach links gekippten, quadratischen Europafahne (mit gelben Sternen auf dunkelblauem Grund) und aus einer kleineren österreichischen Fahne, die den Querbalken des „A“ im ersten „EUROPA“ bildet.



Hier können nur einzelne Elemente der Konfiguration herausgegriffen und zur Illustration dargestellt werden. Sprachlich wird im Logo in Form einer Personifikation der ganze europäische Sub-Kontinent vereinnahmt und ein „Wir-Körper“ konstruiert; eine eher ungewöhnliche Formulierung, die Aufmerksamkeit erregt, lebendig und anschaulich wirkt. Am prominentesten (als einziges rotes Element) wird die für Österreich stehende rot-weiß-rote Fahne präsentiert: Dies könnte als eine Garantie der Bewahrung der österreichischen Identität interpretiert werden: Österreich bleibt im Vordergrund; Österreich rangiert „vor“ Europa. Die EU-Fahne steht leicht auf der Spitze,

und zwar über dem „I“ des „WIR“. Dadurch hat man nicht nur den Eindruck des Bausteinchens, das gerade von links ins Bild hereinkollert, sondern die EU wird dadurch auch zum sprichwörtlichen „Tüpfelchen auf dem I“ (und damit möglicherweise auch zur Krönung des „WIR“). Zugleich bildet die EU-Fahne einen Pfeil, der auf das „WIR“ hinzeigt. Die sprachlich konstruierte Dichotomie „Österreich/wir“ versus „Europa“ gibt es im Logo nicht. „EUROPA“ wirkt wie eine Überschrift. Der Satz „Wir sind Europa“ bildet den Kommentar, der besagt, dass „wir“ mit „Europa“ identisch sind. So stellten die von der Bundesregierung beauftragten Werbefachleute die europäische Identität der österreichischen Bevölkerung (durch Verwendung des Präsens und des Gleichsetzungsnominativs) als mit der österreichischen Identität nicht kontrastierende bereits etablierte Tatsache dar. Dennoch: so selbstverständlich war es offensichtlich nicht, dass „wir“ EuropäerInnen sind, als dass man nicht immer wieder eigens darauf hinweisen hätte müssen. Die beiden Identifikationsangebote „Österreich“ und „Europa“ werden daher als amalgamierbar präsentiert, allerdings ohne dass gesagt oder gezeigt wird, wie diese Verbindung zustande kam. Dadurch, dass beide Identitäten als gleichzeitig neben- und miteinander möglich dargestellt werden, werden sie – letzten Endes auf rein tautologische Weise – möglich gemacht.

Die „Informationskampagne“ der Bundesregierung erregte sowohl Aufmerksamkeit als auch Kritik in den Medien. Darüber hinaus hatte sie einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Darstellung des Themas in den österreichischen Medien. Dies zeigt das Ergebnis einer kleinen Studie, in der (unter anderem) die Übereinstimmung der PR-Aussendungen von Parteien und Verbänden an die APA mit den Aussendungen der APA an österreichische Tageszeitungen und mit den Artikeln in diesen Tageszeitungen untersucht wurde. Jérôme stellt eine übereinstimmende Gewichtung im Bereich der Themen fest: Die dominanten Themen in den PR-Aussendungen waren auch in APA-Texten und in den Tageszeitungen dominant (1995, 192). Die Autorin fand aber auch Konsonanzen in den Positionen zum EU-Beitritt zwischen den Zeitungen einerseits und zwischen Printmedien, Agentur und Primäraussendungen andererseits, sodass sie zum Schluss kommt, die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien, besonders der Koalitionsparteien, hätte „einen nicht unerheblichen Einfluss auf die massenmediale Berichterstattung“ gehabt (ebd., 192).

„Neutralität und Sicherheitspolitik“ in der EU-Berichterstattung ausgewählter Printmedien

Über ihre Zukunft in einer supranationalen Staatengemeinschaft fühlten sich 67% der ÖsterreicherInnen noch im Februar 1994 nur schlecht bis gar nicht informiert (vgl. Plasser/Ullram 1994, 212). Den Medi-

en kam gerade auch in Hinblick auf diese Informationsdefizite eine entscheidende Rolle in der Vermittlung der Interessen der politischen und wirtschaftlichen Eliten zu.⁶

Ausgewählt wurden für eine Analyse vier Tageszeitungen, die eine möglichst große Bandbreite der medialen Perspektive repräsentieren: die Neue Kronenzeitung (NKZ) als die österreichweit meistgelesene Tageszeitung (Reichweite 40,7%⁷); Täglich Alles (TA) als Rivale am Boulevard (Reichweite 14,6%) und einzige Tageszeitung mit entschiedener Anti-Beitrittsaltung; Die Presse (Reichweite 3,5%) und Der Standard (Reichweite 4,9%) als österreichische Qualitätszeitungen, beide bürgerlich, die eine konservativ orientiert, die andere liberal. Bemerkenswert ist, dass die Printmedien ausnahmslos, ungeachtet ihrer jeweiligen Haltung zum EU-Beitritt, eine sehr kritische Haltung zur Pro-EU-Regierungskampagne wie auch zur Informationspolitik des öffentlich-rechtlichen Fernsehens einnahmen und so den offensichtlichen Unmut der Bevölkerung kanalisiert. Einen deutlichen Beleg für die bewusste Übernahme dieser Funktion durch die Printmedien stellt die Auswahl der veröffentlichten LeserInnenbriefe dar, die die Informationspolitik von Regierung und ORF durchwegs sehr negativ beurteilen.

Meinungsumfragen zum Thema „Neutralität“ kurz vor der Abstimmung ergaben ein zwiespältiges Meinungsbild der ÖsterreicherInnen: Unter der Annahme der Unvereinbarkeit von EU-Beitritt und Neutralität sprachen sich noch 1993 68% der Befragten für den Verzicht auf einen EU-Beitritt aus, nur 26% dagegen für eine Aufgabe der Neutralität. Andererseits hielten 58% der Befragten eine EU-Mitgliedschaft für mit der Neutralität grundsätzlich vereinbar, nur 38% waren gegenteiliger Meinung (vgl. Plasser/Ullrich 1994, 227). Die Darstellung der Motive für einen EU-Beitritt zielten ab Beginn der 90er Jahre allerdings immer stärker auf die Betonung der sicherheitspolitischen Vorteile für Österreich „insbesondere auf Grund seiner geopolitischen Nähe zum ex-jugoslawischen Konflikttraum“, wie Heinrich Schneider beschreibt (1994, 6 und 18). Sicherheitspolitische Überlegungen und Argumentationen bestimmten demnach auch die mediale Diskussion um die österreichische Neutralität bald im einem Maße, dass es schien, über Neutralität könne außerhalb des neuen Rahmens der Sicherheitspolitik überhaupt nicht mehr geschrieben werden. Als Beispiel sei aus der Neuen Kronenzeitung zitiert: „Die volle Wahrheit, die auf uns in der Sicherheitspolitik der EU zukommt, ist viel versprechend und ermutigend: Die EU sichert unseren Frieden (...) EU Garant gegen Krieg (...) EU rettet uns vor Angreifern.“ (Hennerbichler: „Neutral in Europa“, 10. 6. 1994). Neutralität und Sicherheitspolitik erfahren in der NKZ im Untersuchungszeitraum eine die EU-Berichterstattung thematisch dominierende Inszenierung: Von 62 Artikeln befassen sich neun zentral mit diesem Themenbereich, in weiteren sechs wird er zumindest erwähnt oder stellt ein Sub-

thema dar. Die meisten Beiträge erscheinen im Rahmen referierter beziehungsweise kommentierter Politikeraussagen, seltener in explizit als solche ausgewiesenen Kommentaren. Dabei erfolgt ungeachtet der formalen Berichtskultur eine – wie der Vergleich mit parallelen Artikeln in Standard und Presse zeigt – oft manipulative Perspektivierung der Politikeraussagen, auf die sich der jeweilige Artikel bezieht. Einen Nebenaspekt dieser Berichterstattung stellt die verzerrte Wiedergabe der Position von EU-GegnerInnen – zumeist indirekt und pauschal repräsentiert – dar, die einerseits die Argumentation des Autors ex negativo unterstützt, andererseits der Diffamierung der EU-GegnerInnen dient. Im Mittelteil der NKZ erscheint daneben vom 5. 6. bis zum 10. 6. 1994 die sechsteilige Hintergrundserie „Sicherheit in Europa“ von Ferdinand Hennerbichler, in der der Themenbereich mit außerordentlichem argumentativen Aufwand aufbereitet wird – ein Hinweis auf die Zweigleisigkeit der medialen Inszenierung. Die Neutralität wird von der NKZ im Untersuchungszeitraum zum integralen Bestandteil einer Friedenssicherungsbeziehungsweise Sicherheitspolitik im Rahmen der EU transformiert, die Neutralitätsdiskussion geht vollständig in der Diskussion über die Sicherheit im „neuen Europa“ auf. Am 11. 6. wird etwa eine Rede Bundespräsident Thomas Klestil unter dem Sicherheitsaspekt perspektiviert – die NKZ titelt: „Klestil: Unserer Sicherheit zuliebe zu EU“. In diesem Artikel wird die relativierende Argumentation Klestils wiedergegeben, dass „wir die Erhaltung unserer Freiheit und Unabhängigkeit nicht nur der Neutralität, sondern auch der westlichen Abschreckung verdanken.“ Die Neutralität wird in allen drei analysierten Zeitungen – in Täglich Alles wurde das Thema ausgespart – in Hinblick auf die Sicherheit des Landes in Perspektive gesetzt; demzufolge wäre ihre einzige aktuelle Funktion die, die Sicherheit Österreichs zu garantieren. Die inhaltlichen Elemente der Argumentation sind in allen drei Zeitungen die gleichen: Eine Neudefinition der Neutralität sei nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation unumgänglich. Die instabile Lage im Osten, insbesondere in Ex-Jugoslawien, stelle eine Bedrohung der Sicherheit Österreichs dar. Angesichts dieser Bedrohung erscheine ein EU-Beitritt als erster und wesentlicher Schritt zur Absicherung der Sicherheit Österreichs. Die Neutralität gewährleiste nur bedingt Schutz vor den „neuen Bedrohungen“, wie sie auch in der Vergangenheit nur im Zusammenhang mit der Abschreckung durch die NATO effizient gewesen sei. In der Berichterstattung der NKZ verschwimmen zudem die Grenzen zwischen den journalistischen Textsorten, insbesondere die zwischen tatsachenbetonten und meinungsbetonten Textsorten. Bezeichnend ist hierfür die Wiedergabe des Politikerdiskurses. Die Pro-EU-Statements staatstragender Politiker werden – etwa durch die Auswahl der Zitate – perspektiviert, die Zitierung erfolgt bruchstückhaft und im Wechsel von direktem Zitat, indirekter Wiedergabe und wertenden Zusam-

menfassungen. Die Übergänge zwischen primärem und sekundärem Diskurs sind oft kaum mehr auszumachen. Im Gegensatz dazu werden – mit denselben sprachlichen Mitteln – neutralitätspolitische Bedenken von EU-GegnerInnen überzeichnet und diffamiert. In allen Textsorten dominiert ein „wir“ mit unbestimmter Referenz (zumeist auf die „ÖsterreicherInnen“), das solidarische und emotionalisierende Funktion hat. Die verwendete Sprache nähert sich, unabhängig von Textsorte und Thema, oft der Umgangssprache an. Die Relevanz der Sicherheitsdiskussion wird über stark überzeichnete Bedrohungsszenarien begründet, die bei impliziter Identifikation mit Europa auf der Hervorhebung von Differenzen zum Osten aufbauen. Die Argumentation ist durchgängig assoziativ und vage. In diesem Sinne werden Begriffe wie „Frieden“ und „Sicherheit“, „Neutralität“, „Friedenssystem“ oder „aktive Neutralitätspolitik“ semantisch entleert und einander assoziativ angenähert, zum Beispiel „EU“ und „Neutralität“ als „Friedensgaranten“. In Hinblick auf die im Text auszumachenden Stilebenen fällt der teilweise sehr umgangssprachliche Ton besonders auf, der in Widerspruch zur Komplexität des Gegenstandes und zum konventionell für die Abhandlung einer diplomatisch-staatspolitischen Materie verbindlichen Sprachregister steht. Gerade über diesen umgangssprachlichen Duktus aber rückt das komplexe Thema in – emotionale – Reichweite der LeserInnenschaft.

Bollwerk statt Brücke?

Vor dem Hintergrund der Wiedererrichtung des „Eisernen Vorhangs“ in neuem Gewand im Rahmen des Schengener Abkommens (unter tatkräftiger Mithilfe des österreichischen Bundesheeres, vgl. Die Presse 20. 2. 1997) wird das Selbstbild Österreichs zwischen „*Bollwerk des Westens*“ und „*Brücke zum Osten*“ erneut in Frage gestellt. Der politische Diskurs spiegelt sich auch hier im publizistischen wider: Der Standard zitiert am 19./20. 7. 1997 den EU-Abgeordneten Hannes Swoboda mit einer Aussage „*Wir müssen eine Lokomotivfunktion für unsere Nachbarländer übernehmen*“, am 6./9. 9. 1997 übertitel dasselbe Medium einen Text über die Forderung des Arbeiterkammer-Präsidenten Herbert Tumpel nach einem Sonderstatus der österreichischen Arbeitnehmer im Falle eines ungarischen EU-Beitritts mit „*Keine Freizügigkeit für Osteuropäer*“ und berichtet: „*Die AK fürchtet ein massives Auftreten von Ein-Personen-Unternehmen aus Reformstaaten*“. Dagegen sollen regionale Schutzklauseln für gefährdete Branchen helfen.“ Die Ostnachbarn sind deshalb den ÖsterreicherInnen – auf Grund der Ängste um den eigenen Arbeitsplatz und mit Ausnahme Ungarns – in der EU „nur bedingt“ willkommen (Der Standard 7. 11. 1997). Zugleich thematisieren Politiker die Notwendigkeit der EU-Osterweiterung: manchmal unter Zuhilfenahme rassistischer Untertöne, wie etwa an der Aussage des bundesdeutschen Präsidenten Roman Herzog deutlich

wird: Österreich und Deutschland sollten nicht auf Dauer „*Ostausleger der EU*“ bleiben, zumal es um die Behauptung europäischen Lebensstils und europäischer politischer Überzeugungen ginge – angesichts einer Milliarde Chinesen, einer Milliarde Moslems und einer Milliarde Hindus könne Europa sich eine Spaltung nicht leisten (Der Standard 22. 5. 1997).

Dem Fremdbild Österreichs als „Ostausleger der EU“ korrespondiert ein verfestigtes Selbstbild, welches das Land oft in ironisch-spielerischem Ton in der Nähe des Balkans ansiedelt. Zugleich wird aber dem Bild der Balkannähe das Bild der Bundeshauptstadt Wien (ein Synonym für das gesamte Land), die Europa vor den Osmanen gerettet hat, gegenübergestellt. Nach 1989 hat der ironische Umgang mit der „Balkannähe“ Wiens zuweilen jedoch einer Verunsicherung hinsichtlich der Position Österreichs im neuen Europa Platz gemacht: Hinweise darauf finden sich nicht nur in Medientexten, sondern zum Beispiel auch in Publikationen der Reiseliteratur. Barbara Coudenhove-Kalergi vermutet, laut einem Text der Zeitschrift *Geo special Österreich* (1991, 29) hinter der Verunsicherung der ÖsterreicherInnen betreffend ihre Zugehörigkeit zum „Balkan“ oder zum „Westen“ eine österreichische „Neurose“, das Resultat verdrängter Wünsche und vermittelt damit ein auto-stereotypes Bild, das wiederum dem Klischee Österreichs als eines Landes, das „Ostcharme“ mit „Westkomfort“ (Bettelheim/Harauer 1994) verbindet, gerecht.

Anmerkungen:

- 1) Die Ergebnisse des unter der Leitung von Ruth Wodak am Institut für Sprachwissenschaften durchgeführten Projekts sind 1998 im Suhrkamp Verlag (stw) unter dem Titel „Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität“ erschienen.
- 2) So bezeichnet der Philosoph Konrad Paul Liessman „Europa als Österreichs Vergangenheit und Zukunft“ (1994, 113).
- 3) Einer der thematischen Schwerpunkte der österreichischen Länderausstellung anlässlich des Millenniumsjahres 1996, die in St. Pölten und in Neuhofen an der Ybbs gezeigt wurde, und von einem Team um den Historiker Ernst Bruckmüller wissenschaftlich konzipiert wurde, war die Präsentation einzelner Perioden der österreichischen Geschichte im Spannungsfeld eines zwischen Brücken- und Bollwerksfunktionen oszillierenden Selbstverständnisses (vgl. Bruckmüller/Urbanitsch 1996): „Brücke zwischen Ost und West“ „im Herzen Europas“ (Bruckmüller 1994, 153) einerseits, „Bastion“ oder „Bollwerk des Deutschtums“, des europäischen Westens oder des Christentums andererseits. Darin wird die aus der geographischen Lage abgeleitete Idee einer spezifischen österreichischen „Mission“ in Europa sichtbar gemacht sowie das Selbstbild einer besonderen österreichischen Vermittlerrolle und seiner Funktion als Treffpunkt der Diplomatie.
- 4) Die Ausstellung war „dem dreihundertsten Jahrestag der Belagerung und Schlacht von 1683 (...), einem der großen historischen Augenblicke der direkten Konfrontation zwischen Orient und Okzident gewidmet“ (Magris 1986, 206).

- 5) Da sich gerade Werbung in hohem Maß optischer Mittel bedient, wurde auch die visuelle Darstellung analysiert, mit der Methode der Kritischen Layoutanalyse, die ein deskriptives Modell bereitstellt (vgl. z.B. Kress/Van Leeuwen 1996; Van Leeuwen 1995). Es können drei Bedeutungssysteme („signifying systems“) unterschieden werden: Informationswert (dem bei der Analyse der Werbematerialien die wichtigste Stellung zukommt, Prominenz (sie bestimmt die Reihenfolge, in der einzelne Elemente wahrgenommen werden) und Framing (Elemente eines Layouts werden als zusammengehörig oder getrennt präsentiert).
- 6) Als besonders „dicht“ erwies sich in diesem Zusammenhang der Untersuchungszeitraum – vom 4./5. Juni 1994 bis zum 11./12. Juni 1994 – da gerade die letzte Woche vor der EU-Volksabstimmung von eindringlichen Präsentationen der Pro- und Contra-Argumente gekennzeichnet war.
- 7) Die Prozentzahlen orientieren sich an der Mediaanalyse '94.

Literatur:

- Bettelheim, Peter/Harauer, Robert (Hg.) (1994): Ostcharme mit Westkomfort? Beiträge zur politischen Kultur in Österreich. Wien.
- Bruckmüller, Ernst (1994): Millennium! – Millennium? Das Ostarrichi-Anniversarium und die Österreichische Länderausstellung 1996. In: ÖGL 39. Jg./Heft 3/Mai-Juni. 137–155.
- Bruckmüller, Ernst/Urbanitsch, Peter (1996): 996–1996. Ostarrichi–Österreich. Menschen–Mythen–Meilensteine. Katalog der österreichischen Länderausstellung. Horn.
- Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (1994): Außenpolitischer Bericht 1993.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (1992): Das Buch. Europa von A – Z. Wien.
- Droste, Wiglaf (1994): Bosniens Himmel breitet seine Sterne. Europa, die Zivilisation und die Intervention aus Verantwortung: Über die alternative Sorte Blutrünstigkeit. In: Bittermann, Klaus (Hg.): Serbien muss sterben. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg. Berlin. 202–204.
- Geo special Österreich (1991).
- Halbwachs, Maurice (1985): Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt/M.
- Heer, Friedrich (1981): Der Kampf um die österreichische Identität. Wien–Graz–Köln.
- Jérôme, Gabriela (1995): Der Stellenwert der österreichischen Tageszeitungen am Beispiel der „Informationsoffensive“ der Bundesregierung hinsichtlich eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft. Wien: Universität Wien (Diplomarbeit).
- Kress, Gunther/Van Leeuwen, Theo (1990): Reading Images. Gelong.
- Liessmann, Konrad Paul (1994): Der Aufgang des Abendlandes. Eine Rekonstruktion Europas. Wien.
- Magris, Claudio (1986): Donau. Biographie eines Flusses. München–Wien.
- Matuschek, Bernd/Wodak, Ruth (1995): „Rumänen, Roma ... und andere Fremde“. Historisch-kritische Diskursanalyse zur Rede von den „Anderen“. In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft. Band 25. Wien. 210–238.
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. (1994): Kognitive und affektive Barrieren der Entwicklung eines europäischen Bewusstseins. In: Gerlich, Peter/Neisser, Heinrich (Hg.): Europa als Herausforderung. Wandlungsimpulse für das politische System Österreichs. Wien. 209–239.
- Portisch, Hugo/Riff, Sepp (1985): Österreich II. Band 1–4. München.
- Schaller, Christian (1991): Die EG-Debatte in Österreich – Rekonstruktion der Kontroverse in den Achtzigerjahren und Thesen zur aktuellen Diskussion. In: SWS-Rundschau, 29. Jg., Heft 4/1991. 497–508.
- Schweiger, Günther (1992): Österreichs Image in der Welt. Ein Vergleich mit Deutschland und der Schweiz. Wien.
- Stichwort: Österreich. München 1992.
- Van Leeuwen, Theo (1995): Representing social action. In: Discourse & Society, Vol. 6/1 (1995), 81–106.
- Voigt, Rüdiger (Hg.) (1989): Politik der Symbole – Symbole der Politik. Opladen.

Dr. Klaus Hofstätter, Romanist und Sozialwissenschaftler.

Mag. Maria Kargl, Sprachwissenschaftlerin.

Mag. Karin Liebhart, Politikwissenschaftlerin, Sekretärin der Gesellschaft für Politische Aufklärung.